

Hochschule und Wissenschaft – digital, innovativ und weltoffen

Wir wollen in Deutschland die besten Rahmenbedingungen schaffen für Innovationen aus Forschung und Wissenschaft. In der modernen Wissensgesellschaft sind technische und soziale Innovationen Voraussetzung für die Bewältigung des Klimawandels, gutes Wachstum und sozialen Fortschritt. Unser Ziel ist, dass durch ein leistungsfähiges Wissenschaftssystem Wachstum zu sozialem, nachhaltig ökonomischem und ökologischem Fortschritt wird. Wir verfügen in Deutschland über die besten Voraussetzungen: Junge, neugierige, wissbegierige und verantwortungsbewusste Menschen, die gut ausgebildet werden wollen – in Ausbildung oder Studium. Innovationen gelingen nur durch weite gesellschaftliche Teilhabe an einer breiten Wissensbasis. Deswegen müssen Ressourcen im Wissenschaftssystem gerecht verteilt werden. Forschungsziele und wissenschaftliche Strukturpolitik wollen wir so miteinander verbinden, um die großen gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen zu bewältigen und die Schaffung einer breiten Wissensbasis im ganzen Land zu befördern.

Die Hochschulen sind das Herzstück des Wissenschaftssystems. Wir wollen ihnen besonders an den Stellen mehr Aufmerksamkeit zukommen lassen, wo es in den letzten Jahren noch vernachlässigte Lücken gegeben hat. Das betrifft die Digitalisierung in Studium, Lehre und Forschung ebenso wie strukturelle Verbesserungen für Karrierewege, Arbeitsbedingungen und mehr Geschlechtergerechtigkeit. Die Exzellenstrategie wollen wir für die kommende Förderrunde zukunftsfest machen und die spezielle Leistungsdimension insbesondere von Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAWs) mit einer Deutschen Transfergemeinschaft besser fördern.

Gute Lehre und gutes Studium

Die SPD-Bundestagsfraktion will zukunftsorientierte, qualitativ hochwertige Lehre und ein gutes Studium für alle Studierenden. Dafür wollen wir mehr Anreize und Freiräume, um sich für die Lehre und ihre Weiterentwicklung zu engagieren. Notwendig sind dabei Strukturen, die es Lehrenden ermöglichen, ihre gute Lehre sichtbar zu machen, sich untereinander zu vernetzen, Synergien zu nutzen und allgemeine Lehrstandards zu entwickeln. Wir wollen Studium und Lehre in den Förderformaten des Bundes ein höheres Gewicht verleihen:

1. Die Stiftung Innovation in der Hochschullehre wollen wir zu einer Allianz für gute Hochschullehre weiterentwickeln. Sie soll die relevanten Akteure in der Lehre und deren Expertise einbinden; sie soll unter ihrem Dach gemeinsame Ziele formulieren, um die Lehre an Hochschulen nachhaltig zu stärken; und sie soll als Wissensspeicher und Impulsgeber fungieren und dazu beitragen, allgemeine und bundesweit gültige methodische Standards für gute Hochschullehre zu entwickeln sowie fortlaufend innovative Lehrprojekte fördern. Dies wollen wir verstärken.
2. Der Qualitätspakt Lehre hat dazu beigetragen, viele neue und innovative Lehrformate zu entwickeln. Dabei haben Didaktikerinnen und Didaktiker wichtige Erfahrungen gesammelt, die für die Hochschullehre nachhaltig bedeutend sind. Diese Erkenntnisse wollen wir langfristig sichern, übertragbar machen und in die Breite transferieren. Dafür wollen wir den Zukunftsvertrag Studium und Lehre weiterentwickeln. Auch wollen wir das qualifizierte Personal für das Wissenschaftssystem erhalten, indem wir Dauerstellen und gute Beschäftigungsbedingungen ermöglichen.

3. Wir wollen Hochschulen dabei unterstützen, ihre Studiengänge und Studiensysteme innovativ auszurichten. Dafür wollen wir die bestehende Bundesförderung besser nutzen. Wir wollen die Digitalisierung in Studium und Lehre unterstützen und dabei unterschiedliche digitale und blended Formate fördern. Zur Stärkung von Bildung als öffentliches Gut wollen wir ganz besonders die Entwicklung von offenen Bildungsressourcen (Open Educational Resources) im Bildungsbereich unterstützen. Wir wollen die offene Lizenzierung von Bildungsformaten und Bildungstechnologien zur Förderbedingung für öffentliche Fördermaßnahmen machen, um neue digitale Formate wie flipped und inverted classrooms zu etablieren.
4. Wir wollen innovative Hochschulen fördern und dabei vor allem hochschulübergreifende und vernetzte Konzepte berücksichtigen. Kooperation stellt für uns den entscheidenden Schlüssel für Innovation im deutschen und europäischen Wissenschaftssystem dar. Die Entwicklung neuer und die Begleitung bestehender Lehrformate bieten im Rahmen der Digitalisierung große Chancen für die Lehrqualität. Wir wollen, dass digital begleitete und dezentral entwickelte Lehrformate vom Bund gefördert werden, wenn sie Nutzungsverhalten und Medienerfahrungen aktueller Studierendengruppen berücksichtigen.
5. Um der Qualifizierung in der Lehre mehr Gewicht zu verleihen, brauchen wir eine Verständigung auf Mindeststandards. Dadurch erhöhen sich Transparenz und Vernetzung der bestehenden Angebote und Zertifikate. Wir begrüßen, wenn die Lehre auch bei Habilitationsverfahren, Juniorprofessuren, im Tenure-Track und in Personalentwicklungskonzepten aufgewertet wird. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen darin unterstützt werden, eigene Lehrformate zu entwickeln, zu implementieren und untereinander austauschen zu können. Ein Lehrfreisemester soll ermöglichen, für besonderes Engagement in der Lehre freigestellt zu werden. Wir wollen uns dafür stark machen und in größerem Umfang die Voraussetzung schaffen, besondere Lehrformate und Studienangebote weiterzuentwickeln.
6. Wir wollen Studium und Lehre als Forschungsgegenstand fördern. So wollen wir die Ausarbeitung von Parametern und Instrumenten für gute Lehre unterstützen, die valide sind und für Evaluationen genutzt werden können. Die Kriterien sollen perspektivisch überall in der Lehrpraxis Anwendung finden und als Kriterien für Berufungsverfahren genutzt werden können. Sie sollen die Perspektive von Studierenden und auch Genderaspekte angemessen berücksichtigen.

Campus der Zukunft – sozial und digital

Wir wollen ökologischen Wandel und Klimaschutz im Wissenschaftssystem vorantreiben. Hochschulen sind zentrale Orte und Akteure, die in ihren Städten und Regionen Strahlkraft entwickeln. Sie sind Orte, an denen Zukunft gedacht wird. Wir wollen diese Vorbildfunktion nutzen und die Hochschulen darin unterstützen, neue klimaneutrale Konzepte insbesondere beim nachhaltigen Bauen zu erarbeiten und umzusetzen. Mit einem Hochschulsozialpakt wollen wir den Campus sozial gestalten. Zentral ist für uns darüber hinaus, das gesamte Wissenschaftssystem in den kommenden Jahren bei der Digitalisierung und bei digitalem Lernen zu unterstützen. Die Hochschulen in Deutschland haben einen Kaltstart in die digitale Hochschule vollzogen und während der Corona-Pandemie eine große Leistung erbracht. Wir wollen sie systematisch dabei unterstützen, die Digitalisierung zu konsolidieren und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

1. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur an den Hochschulen ist notwendig für die zukunftsgerechte Weiterentwicklung des gesamten Lehrbetriebs und stärkt zugleich die Forschungsinfrastruktur der Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften und damit ihre Innovationsleistung. Die SPD-Bundestagsfraktion schlägt deshalb vor, eine Digitalisierungspauschale einzuführen, getragen von Bund und Ländern. Wir wollen dadurch verstärkte Investitionen in Infrastrukturen, ihre Wartung, die digitale Administration und Verwaltung aufbauen, um dauerhafte Strukturen zu ermöglichen. Zudem wollen wir Studierende unterstützen, um für sie den Zugang zum Internet durch eine Bildungs-Flatrate sicherzustellen.

2. Auch der Aufbau und die Weiterentwicklung von vernetzten Bildungsinfrastrukturen ist eine zentrale Aufgabe der laufenden Dekade. Wir wollen diese noch besser nutzen, um mithilfe digitaler Technologien Zugang zu ermöglichen und Offenheit zu fördern. Wir begrüßen grundsätzlich den Aufbau einer nationalen digitalen Bildungsplattform. Wir wollen diese weiterentwickeln zu einer offenen Bildungsinfrastruktur, die durch Open-Source- und OER-Ansätze geprägt ist.
3. Die Öffnung von Forschungspublikationen und Forschungsdaten über Open Access wollen wir weiter fördern, indem wir die finanzielle Unterstützung von Open-Access-Publikationen ausbauen und die Stellung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stärken.
4. Der klimaneutrale Campus kann durch kluge Investitionen Realität werden. Der Austausch von Best-Practice-Beispielen kann das Innovationspotenzial an den Hochschulen auf dem Weg zum klimaneutralen Campus unterstützen. Deshalb wollen wir hierzu eine neue Förderung initiieren.
5. Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit und betrifft gerade auch Studierende. Deshalb wollen wir bis zum Jahr 2030 zusätzliche 100.000 studentische Wohnheimplätze schaffen und bestehende Wohnheimplätze klimaneutral sanieren. Dabei soll klimaneutrales Bauen im Zentrum stehen und die sozialen Bedürfnisse einer vielfältigen Studierendenschaft berücksichtigt werden. Ebenso wollen wir die digitalen Zugangsmöglichkeiten (Netzkapazitäten) in den Wohnheimen ausbauen, um ein digitales Studium zu erleichtern.
6. Damit sich Studierende sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Hochschulen ausgewogen, klimafreundlich und gesund ernähren können, unterstützen wir eine ausgewogene Hochschulgastronomie. Dabei sollen entlang der Produktionskette hohe soziale sowie tier- und umweltfreundliche Standards berücksichtigt werden. Um die Einrichtungen der Hochschulgastronomie auch als Lernorte nutzen zu können, wollen wir deren digitalen Zugangsmöglichkeiten (Netzkapazitäten) ausbauen.
7. Wir unterstützen ein gutes Beratungs- und Betreuungsangebot an Hochschulen. Dazu zählen wir nicht nur personell gut ausgestattete BAföG-Ämter und -Beratungsstellen, sondern auch eine flächendeckende psychosoziale und psychologische Betreuung, den Hochschulsport, Beratungsangebote für chronisch Erkrankte und Menschen mit Behinderung, Antidiskriminierungsstellen sowie Arbeits- und Sozialberatung. Wir wollen insbesondere bei der Studienberatung und Studienorientierung die Chancen digitaler Technologien nutzen. Wir unterstützen dabei Angebote, die umfassende digitale Orientierungsmöglichkeiten mit persönlichen Beratungsangeboten verknüpfen.

Promotion

Mit einer Promotion stellen Menschen die Fähigkeit unter Beweis, selbstständig wissenschaftlich zu arbeiten. Sie ist für den individuellen Karriereweg und für den Fortschritt der Wissenschaft von großer Bedeutung. Sie gibt Promovierenden die Chance, sich das Rüstzeug für gute Forschung zu erarbeiten und dabei von der Erfahrung anderer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu profitieren. Viele Promovierende erleben diese Zeit als prägende Erfahrung. Promotionsverfahren funktionieren in den allermeisten Fällen gut. Doch es gibt bei Promotionen in Deutschland noch immer zu viele Negativebeispiele. So beklagen Promovierende schlechte Vertragsbedingungen, Abhängigkeitsverhältnisse und Machtungleichgewichte, bisweilen sogar Fälle von Mobbing. Dadurch gibt es zu viele talentierte Menschen, die ihre Promotion abbrechen.

1. Wir wollen die Qualität von Promotionsverfahren sicherstellen und mögliche Abhängigkeiten und Interessenskonflikte von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern abbauen. Gleichzeitig wollen wir betreuende Professorinnen und Professoren in ihren Verantwortlichkeiten entlasten. Daher wollen wir mit Rücksicht auf die jeweiligen Fächer Schritte einleiten, wie Promotionsrecht und Promotionsordnungen eine Bewertung rein durch externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vorsehen können.

2. Wir befürworten den Anspruch aller Promovierenden auf eine Promotionsbegleitung. Er soll verpflichtende Vereinbarungen zwischen Promovierenden und Promotionsbegleitung umfassen, um gegenseitige Rechte und Pflichten vor Beginn einer Promotion verbindlich festzulegen. Wer Promotionen begleitet, soll dafür nicht nur auf akademische Erfahrung zurückgreifen können, sondern zusätzlich auch qualifiziert und weitergebildet werden. Dafür wollen wir von Bundesseite eine Förderlinie zur Qualifizierung als Promotionsbegleiterinnen und -begleiter auflegen, die sich an Postdocs sowie Professorinnen und Professoren richtet und bereits bestehende Qualifizierungs-Strukturen sinnvoll ergänzen soll.
3. Wir wollen Diversität unter den Promovierenden sowie einen diskriminierungsfreien Zugang zur Promotion ermöglichen. Dazu gehört für uns zum einen, soziale Selektivität zurückzudrängen, damit sich mehr Menschen aus nichtakademischen Familien eine Promotion zutrauen. Wir wollen ein bundesweites Mentoring-Programm für Promotionen nach dem Vorbild von Arbeiterkind.de. Zum anderen wollen wir, dass entsprechend qualifizierte internationale Absolventinnen und Absolventen sowie von Hochschulen für angewandte Wissenschaften verlässlich promovieren können. Für kooperativ Promovierende wollen wir eine gute Begleitung ihrer Promotion durch Universitäten und HAWs. Dazu gehört auch der Zugang zu allen Qualifizierungsangeboten.
4. Um Promovierenden mehr Möglichkeiten zum Austausch zu geben, sollen vermehrt Graduiertenschulen entstehen, weil so eine peer-reflexive Dimension in den Wissenschaftsprozess implementiert wird. Fächer- und fakultätsübergreifender Austausch soll angeboten werden und Promovierende durch ein strukturiertes Qualifizierungskonzept unterstützt werden, das auch auf die Zeit nach der Promotion blickt und Karriere- wie Arbeitsmöglichkeiten einbezieht. Graduiertenschulen werden von Promovierenden mitbestimmt und sollen diese nicht-fachlich begleiten. Wir wollen den Aufbau von Graduiertenschulen mit Bundesmitteln weiter fördern.
5. Wir fordern, dass Promotionsstellen auch entsprechend der geleisteten Arbeit entlohnt werden. Das heißt, wir wollen, dass 100 Prozent Arbeit mit 100 Prozent Bezahlung entlohnt wird. Dabei sind mindestens 50 Prozent der entlohnten Arbeitszeit für die wissenschaftliche Qualifizierung vorzusehen. Diese Ziele wollen wir auch bei der zukünftigen Forschungsförderung des Bundes berücksichtigen. Für alle Promotionsstellen, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, soll der Tarifvertrag des Öffentlichen Diensts gelten.
6. Wir unterstützen bereits bestehende Interessenvertretungen von Promovierenden und wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften darauf hinwirken, diese zu etablieren. Dadurch sollen Promovierende in entsprechenden Doktorandenkonventen oder Promovierenden-Vertretungen für ihre eigenen Belange eintreten können.

Arbeitsbedingungen und Karriereperspektiven

Wir wollen das Wissenschaftszeitvertragsgesetz zu einem „Gesetz für Gute Arbeit in der Wissenschaft“ weiterentwickeln. Unser Ziel ist es: Wer nach der Promotion in der Wissenschaft verbleibt, soll entweder eine Dauerstelle oder einen verlässlichen Karriereweg in die Professur erhalten. Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, wollen wir die Tarifsperrung aufheben, um Befristungen zu reduzieren. Zudem wollen wir ein Stufenmodell einführen, das Qualifizierungsbefristung den Vorrang vor Drittmittelbefristungen gibt. Befristungen sollen neben der Promotionsphase bei Postdocs zur weiteren Orientierung bis zu einem Jahr nach Abschluss der Promotion erlaubt sein. Drittmittelbefristungen bleiben davon unberührt. Den beruflichen Wechsel zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wollen wir weiter offenhalten. Daneben sollen Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie im Wissenschaftsmanagement im Allgemeinen unbefristet sein.

Wir wollen, dass alle gut promovieren können

1. Wir befürworten, dass Promovierende die Möglichkeit bekommen, sich in der Hochschullehre einzubringen. Jedoch sollen Promotionsstellen primär dazu dienen, die Arbeitszeit für die Dissertation zu nutzen. Wenn Aufgaben in der Lehre anfallen, sollen Promotionsstellen eine maximale Lehrverpflichtung von vier Semesterwochenstunden haben. Hochschullehre muss Teil der vergüteten Arbeit sein. Eine entsprechende Kultur der Zertifizierung und des Leistungsnachweises soll das Ungleichgewicht zur Forschungsleistung verringern.
2. Zu Beginn einer Promotion ist eine gesetzlich verankerte Mindestvertragslaufzeit der üblichen Promotionsdauer oder von mindestens drei Jahren vorzusehen. Die Verlängerung bis zu einer Dauer von sechs Jahren ist zulässig mit einem Plus von zwei Jahren bei Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, Behinderung oder Krankheit. Promotionsprojekte sind so zu konzipieren und zu betreuen, dass sie im Regelfall und abhängig von der Fachkultur innerhalb von drei bis fünf Jahren abgeschlossen werden können.
3. Aus Bundesmitteln geförderte Drittmittelprojekte sollen eine Projektlaufzeit von mindestens drei Jahren haben, wenn bei diesen Promotionen vorgesehen sind.

Wir wollen Postdocs eine verlässliche Perspektive geben

1. Wer seine Promotion erfolgreich abgeschlossen hat, soll beim Verbleib an Universitäten spätestens nach einem Jahr entweder die Möglichkeit eines Tenure-Tracks (bspw. als Junior-Professor/in) oder die Möglichkeit einer unbefristeten Stelle (bspw. als Lehrkraft für besondere Aufgaben oder Akademische/r Rätin/Rat) haben. Wir brauchen einen attraktiven Karrierepfad mit dem Tätigkeitsschwerpunkt Lehre. Drittmittelbefristungen bleiben davon unberührt.
2. Darüber hinaus können Habilitation und weitere Qualifikationsschritte auch neben dem Tenure-Track in Drittmittelprojekten erfolgen.
3. Der Bund gibt Anreize für planbare Karrierewege. Im Bund wollen wir darum das Tenure-Track-Programm ausweiten. Ziel bleibt, einen An Schub zu geben, das deutsche Karrieresystem Wissenschaft so zu verändern, dass Tenure-Tracks keine Ausnahme im Wissenschaftsbetrieb bleiben, sondern eine planbare Karriereoption werden.
4. Damit auch Hochschulen für angewandte Wissenschaften hochqualifiziertes Personal für ihre Forschung und Lehre gewinnen können, werden wir den Weg zur HAW-Professur mit strukturierten Angeboten unterstützen. Dazu wollen wir das Bund-Länder-Programm „Personal an Fachhochschulen“ ausweiten.

Wir wollen, dass Professorinnen und Professoren gut forschen und lehren können

1. Wir wollen Professorinnen und Professoren entlasten, indem administrative Aufgaben durch mehr Dauerstellen im sogenannten akademischen Mittelbau übernommen werden. Gemeinsam sind alle Akteure gefordert, die dauerhafte Förderung des Zukunftsvertrags Studium und Lehre auch in den Arbeitsverhältnissen von Wissenschaftsmanagement und -kommunikation zu vollziehen.
2. Daneben wollen wir Professorinnen und Professoren bei Lehraufgaben unterstützen, etwa durch Lehrfreisemester und Drittmittel für die Hochschullehre.
3. Wir wollen die Hochschulen dabei unterstützen, Personalentwicklungspläne als Instrument zum qualifizierten Personalmanagement einzuführen.

Wir wollen, dass sich Hochschulen eine Departmentstruktur geben können

1. Das deutsche Wissenschaftssystem wäre für viele an vielen Stellen attraktiver, wenn Organisations- und Arbeitsstrukturen weniger hierarchisch verlaufen würden. Erste Hochschulen erproben bereits sogenannte Departmentmodelle.
2. Wir wollen diese Modernisierung an Hochschulen, die dazu bereit sind, in ihrer institutionellen Neuausrichtung auf Departmentstrukturen unterstützen. Dazu streben wir eine Bundesförderung und eine Vereinbarung mit den beteiligten Ländern an. Dadurch wären Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht mehr nach dem Lehrstuhlprinzip zugeordnet und eigenständiges Forschen und Lehren auch neben der Professur möglich.

Wir wollen, dass alle gute Rahmenbedingungen für Forschung und Lehre haben

1. Für Befristungen aufgrund von Drittmittelfinanzierung soll künftig gelten, dass die Laufzeit der Arbeitsverträge den Projektzeitraum der Drittmittel nicht unterschreiten darf, bei längeren Bewilligungszeiträumen jedoch mindestens drei Jahre beträgt. Vertragsverlängerungen aufgrund von Elternzeit, Mutterschutz und Pflegeverantwortung sollen zum Beispiel durch Fondslösungen besser abgesichert werden.
2. Wir wollen das Professorinnenprogramm weiterentwickeln, den Zugang für kleinere Hochschulen erleichtern und die Förderung auf Qualifikationsstufen vor der Professur erweitern. Bei einem erweiterten Pakt für wissenschaftlichen Nachwuchs wollen wir sicherstellen, dass die Vergabe von Tenure-Track-Professuren quotiert erfolgt.
3. Durch die Einführung des Stufenmodells profitieren auch mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von der familienpolitischen Komponente und ihren Schutzklauseln. Zudem wollen wir, dass Bundesprogramme zum Kita-Ausbau auch den Hochschulen zugutekommen.

Exzellenzstrategie

Die Exzellenzstrategie ist ein sozialdemokratisches Erfolgsprojekt, das nachhaltig die Forschungskapazitäten an den Universitäten gehoben hat. Neue Strukturen konnten aufgebaut werden und die Universitäten wurden als Herz des Wissenschaftssystems gestärkt. Gleichzeitig ist die Voraussetzung für Leistung in der Spitze eine gut ausgestattete Universitätslandschaft in der Breite, in der Forschungskapazitäten bis zur Exzellenz generiert werden. Förderung in Spitze und Breite bedingen einander gegenseitig.

1. Für die kommende Förderrunde wird es entscheidend sein, die Offenheit des Verfahrens und den Zugang zu Exzellenz zu ermöglichen, damit sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Breite des Hochschulsystems auf den Weg machen, um am Wettbewerb teilzunehmen. Nur mit einer realistischen Chance auf Erfolg werden genügend Projekte eingereicht werden, um das vorhandene Potential an den Hochschulen zu heben. Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu 80 Prozent der geförderten Cluster mit einer Anschlussfinanzierung rechnen. Damit dennoch genügend Raum für neue Cluster in der kommenden Förderrunde geschaffen werden, setzen wir uns dafür ein, die Zahl der Cluster spürbar zu erhöhen. An den bewährten Bund-Länder-Schlüsseln halten wir fest. Den erfolgreich eingeschlagenen Weg, die Exzellenz der wissenschaftlichen Forschung mit einem exzellenten Konzept zur Geschlechtergerechtigkeit zu verknüpfen, wollen wir fortsetzen.
2. Grundsätzlich steht die SPD-Bundestagsfraktion einer dritten Förderlinie offen gegenüber, um herausragende Forschung an den Hochschulen auch dauerhaft zu fördern. Gleichwohl wollen wir die Dynamik in der Exzellenzstrategie erhalten und der Tatsache Rechnung tragen, dass es Forschungsfragen gibt, die nach einer gewissen Zeit ausgeforscht sind. Bei dauerhaft geförderten Einrichtungen auch an den Hochschulen müssen die Finanzierungsanteile zwischen Bund und Ländern neu verhandelt werden. Eine Auslagerung leistungsstarker Einrichtungen in den außeruniversitären Bereich würde den Hochschulen hingegen nachhaltig schaden.

3. Um die Chancen von kleineren Universitäten zu verbessern, wollen wir Verbünde auch über Ländergrenzen hinweg ermöglichen und die Kooperation von Universitäten mit anderen Forschungseinrichtungen förderfähig machen. Es ist jedoch entscheidend, dass für die nächste Förderrunde festgehalten wird, dass die Universitäten bei Kooperationen mit anderen Forschungseinrichtungen die Federführung in der Durchführung der Projekte behalten.
4. Kleinere Universitäten stehen in der Exzellenzstrategie und der Einwerbung von Forschungsmitteln vor eigenen Herausforderungen. Oftmals fehlt es an kritischem Potential, um im Wettbewerb mit größeren Universitäten zu bestehen. Deswegen wollen wir ein Sonderprogramm für diese Universitäten auflegen, dass sie bei der Strukturentwicklung, der regionalen Kooperation mit anderen Einrichtungen und der Einwerbung von Forschungsmitteln unterstützt. Dadurch machen wir kleine und mittlerer Hochschulen in der Exzellenzstrategie anschlussfähig.

Leistungsdimension Transfer besser fördern

Der Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Praxis ist eine Leistungsdimension des Wissenschaftssystems, die noch nicht ausreichend strukturell gefördert wird. Mit der Gründung der Deutschen Transfergemeinschaft will die SPD-Bundestagsfraktion diese Leistungsdimension in der Förderarchitektur des Bundes verankern.

1. Die Förderung von Transfer unterliegt anderen Mechanismen als die Förderung von erkenntnisorientierter Grundlagenforschung. Es geht nicht nur um den reinen Erkenntnisgewinn, die ausschließlich gutachterliche Bewertung innerhalb der Wissenschaft und die Zitation in relevanten Publikationen, sondern es treten Kriterien wie der ökonomische und soziale Impact von Forschungsprojekten hinzu. Ziel muss sein, einerseits Erkenntnisse aus der Grundlagenforschung, die zu Anwendungen führen können, genauso zu unterstützen, wie Ergebnisse aus der anwendungsorientierten Forschung auf die nächste Stufe zur realen Anwendung oder sogar Kommerzialisierung zu heben. Dies muss sich in der Antragslogik und der Begutachtung der Deutschen Transfergemeinschaft niederschlagen. Deswegen befürworten wir die Offenheit der Förderung der Deutschen Transfergemeinschaft für Kooperationsprojekte von Hochschulen mit Unternehmen, öffentlichen Einrichtungen und sozialen Trägern. Diese Offenheit soll in der Gutachterstruktur deutlich werden.
2. Transfer findet an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften in besonderer Weise statt, aber auch an Universitäten und den Technischen Universitäten sowie Hochschulen. Wir sprechen uns daher dafür aus, dass die Deutsche Transfergemeinschaft offen ist für alle Hochschultypen, wenngleich der Schwerpunkt auf der Förderung anwendungsorientierter Forschung aus Hochschulen für angewandte Wissenschaften liegt.
3. Die Deutsche Transfergemeinschaft muss in ihrem Umfang dem Potential gerecht werden, das in der Breite der Hochschullandschaft liegt. Unser Ziel ist, dass Hochschulen in der gesamten Fläche des Landes von der neuen Förderinstitution profitieren können. Das ist für uns auch ein Beitrag zur regionalen Strukturpolitik.
4. Den Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Praxis wollen wir darüber hinaus mit einem Fonds fördern, der es regional ermöglicht, in Kooperation mit kleinen und mittleren Unternehmen, mit innovativen Sozialunternehmen oder mit kommunalen Einrichtungen neue Methoden und Verfahren aus der Forschung heraus in die Anwendung zu bringen.

Wissenschaftsland Deutschland: europäisch, international und weltoffen

Spitzenforschung und akademische Ausbildung sind heutzutage selbstverständlich international. Gute Wissenschafts- und Forschungspolitik denken wir stets im Kontext des Wissenschaftsstandortes Europa in der Welt. Gleichzeitig soll die zunehmende Internationalisierung der Wissenschaft nicht den wirtschaftlichen und akademischen Eliten vorbehalten bleiben. Wissenschaftliche Kooperationen und internationale Mobilität sollen breit gefördert werden.

1. Das Erasmus-Programm ist das Erfolgsprojekt der europäischen Bildungspolitik. Wir wollen die weitere Stärkung und der Ausbau von Erasmus+, um noch mehr Studierenden und Lehrenden einen Aufenthalt in Europa und außereuropäischen Ländern zu ermöglichen. Dafür brauchen wir bessere Informationsangebote und Beratung, mehr Unterstützung bei der Wohnungssuche sowie höhere Förderbeiträge für finanzschwache Teilnehmende.
2. Wir wollen das europäische Hochschulnetzwerk für Wissenschaft und Forschung weiter ausbauen und die Einrichtung von Europa-Universitäten und dauerhaften Kooperationen von Hochschulen über die Landesgrenzen hinweg fördern.
3. Wir wollen einen „Europa-DEAL“, um Open Source und Open Science zu fördern, damit für Einrichtungen wie Autorinnen und Autoren wissenschaftlicher Literatur gleichermaßen faire Nutzungsvereinbarungen getroffen werden können. So soll öffentlich finanzierte Forschung auch der Allgemeinheit frei zur Verfügung steht.
4. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) legt ein breites Fundament für stabile internationale Beziehungen. Über die AKBP und den Zugang zu Kultur und Bildung kann gegenseitiges Verständnis geschaffen werden auch jenseits von Kontroversen auf Regierungsebene. Und gegenseitiges Verständnis ist die Basis für gute internationale Beziehungen. Zu den wichtigsten Umsetzungsorganisationen gehören unter anderem das Goethe-Institut, der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), die Alexander von Humboldt-Stiftung sowie das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa). Gerade in Zeiten von „shrinking spaces“ ist eine „Außenpolitik der Gesellschaften“, die sich weltweit für die Freiheit von Kunst und Wissenschaft einsetzt und Freiräume für den kritischen Austausch und die freie Meinungsäußerung pflegt, von größter Bedeutung.
5. In diesem Zusammenhang spielt eine aktive Science Diplomacy (Wissenschaftsdiplomatie) eine zentrale Rolle für Frieden, Ausgleich, gemeinsamen Wohlstand und Zunftsverantwortung. Wissenschaftsfreiheit ist eine essentielle Voraussetzung für die internationale Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung. Science Diplomacy kann Netzwerke bewahren und bewirken, dass internationale Forschungsk Kooperationen trotz aller Widrigkeiten möglich bleiben. Deutschland und Europa müssen dabei ihrer Verantwortung als sichere Häfen für verfolgte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gerecht werden.
6. Eine sich verfestigende „Innovationsspaltung“ zwischen forschungsstarken und forschungsschwachen Ländern muss verhindert werden. Europa hat eine gemeinsame und internationale Verantwortung gegenüber weniger finanz- und forschungsstarken Ländern. Wir wollen die Zusammenarbeit und den Bildungsaustausch mit Forschenden und Institutionen in der europäischen Nachbarschaft, das heißt mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft und der Südlichen Nachbarschaft, genauso verstärken wie mit den Ländern des Globalen Südens. Das gilt auch in den internationalen Verhandlungen um Nutzungsrechte für wissenschaftliche Inhalte und bei der weltweiten Durchsetzung von Patenten. Gerade im Bereich „emerging technologies“ (z.B. Künstliche Intelligenz) sollten Deutschland und die EU Angebote für multilaterale Forschungs- und Anwendungsallianzen gegenüber Ländern des Globalen Südens entwickeln.
7. Die Pandemie hat gezeigt, dass praktische Hindernisse wie Einreisbeschränkungen oder Visawartezeiten auch im Austausch von Wissenschaft und Forschung große Hürden sein können. Die Auswahlprozesse von internationalen Studierenden für ein Studium in Deutschland sollten viel öfter im Herkunftsland organisiert werden, um finanzielle und praktische Hürden abzubauen. Auch digitale Bewerbungsverfahren und Auswahlprozesse wollen wir stärken.